

Grundsatzpapier zum Verständnis von Politischer Bildung

Fachausschuss Politische Bildung

Politische Bildung hat in den letzten Jahren an gesellschaftlicher Bedeutung gewonnen und trägt dazu bei, dass Lernende zu mündigen Bürger*innen werden. Sie sollen informierte Entscheidungen treffen, die Auswirkungen politischer Entscheidungen auf ihr Leben verstehen und aktiv an der politischen Gestaltung ihrer Gesellschaft teilnehmen. Dazu müssen in der Politischen Bildung die nötigen Kenntnisse und Fähigkeiten vermittelt werden, um sich aktiv in politische Prozesse einbringen zu können.

Der IB versteht aus seinem Gründungsanspruch heraus Politische Bildung als eine zentrale Querschnittsaufgabe. Politische Bildung ist ein Aspekt der Aufgabe des IB, Menschen in schwierigen Lebenslagen zu unterstützen, damit sie unabhängig von Herkunft, Religion und Weltanschauung ein selbstverantwortliches Leben führen können. Politische Bildung im IB findet auf allen Ebenen und in allen Arbeitsbereichen und Geschäftsfeldern statt. In der Politischen Bildung richtet sich der IB an alle Menschen, die seine Angebote wahrnehmen. Außerdem gibt es vielfältige Angebote für die Mitarbeitenden des IB.

Die Ziele der Politischen Bildung im IB sind neben der Förderung der politischen Mündigkeit:

- **Vermittlung von politischem Wissen:** Politische Bildung soll ein grundlegendes Verständnis für die Funktionsweise des politischen Systems, der Regierung, der Gesetzgebung und der Chancen und Grenzen der Demokratie als Regierungsform vermitteln.
- **Entwicklung kritischen Denkens:** Die Angebote sollen die Fähigkeit fördern, Informationen kritisch zu hinterfragen, politische Argumente zu analysieren und verschiedene Standpunkte und Blickwinkel zu verstehen.
- **Förderung demokratischer Werte:** Politische Bildung soll die Werte und Prinzipien der Demokratie, wie Meinungsfreiheit, Rechtsstaatlichkeit, Pluralismus und Menschenrechte bedarfsgerecht und spielerisch vermitteln und fördern.
- **Partizipation und Engagement:** Die Angebote sollen dazu ermutigen, sich aktiv in politische Prozesse einzubringen, sei es durch Wahlen, politisches Ehrenamt, Bürger*inneninitiativen oder andere Formen des Engagements.
- **Interkulturelle und intergenerationale Verständigung:** Politische Bildung soll das Verständnis zwischen verschiedenen kulturellen Gruppen und Generationen fördern und dazu beitragen, Vorurteile und Vorbehalte abzubauen.
- **Förderung der Medienkompetenz:** In einer Zeit, in der Medien eine wichtige Rolle in der politischen Information spielen, soll politische Bildung auch die Fähigkeit vermitteln, Medien kritisch zu hinterfragen und Nachrichten und Informationen sachlich zu bewerten.
- **Konfliktbewältigung und Toleranz:** Sie soll die Fähigkeit zur konstruktiven Konfliktbewältigung und zur Akzeptanz unterschiedlicher Meinungen und Interessen entwickeln.
- **Stärkung der sozialen Verantwortung:** Politische Bildung soll Bürger*innen dazu ermutigen, sich für soziale Gerechtigkeit und das Gemeinwohl einzusetzen.
- **Integration und Inklusion:** In einigen Kontexten kann politische Bildung auch dazu beitragen, Menschen verschiedener Herkunft und Hintergründe in die Gesellschaft zu integrieren und Diskriminierung zu bekämpfen.



Der IB richtet seine Aktivitäten auch in der Politischen Bildung entsprechend seines Bildungsverständnisses auf ganzheitliche Bildung aus. Diese umfasst alle formalen, non-formalen und informellen Bildungssettings und berücksichtigt alle Kompetenzbereiche als auch die Lebensumstände und den kulturellen Hintergrund des Einzelnen.

Der IB ist keiner politischen Strömung oder Partei zugehörig, aber ist dennoch nicht politisch neutral. Er tritt für die Demokratie als Staatsform und eine demokratisch-pluralistische Gesellschaft ein. Der IB positioniert sich dementsprechend auch gegenüber antidemokratischen und die Gesellschaft spaltenden Organisationen, Akteur*innen und Parteien. Demokratie steht für genau jene Werte, denen sich auch der IB seit seiner Gründung verpflichtet hat. Der IB setzt sich ganz praktisch in seinen Einrichtungen für Mitgestaltung und Partizipation ein. Darüber hinaus vertritt der IB auf politischer Ebene die Rechte seiner Klient*innen, wie etwa Menschen mit Behinderungen oder Geflüchtete.